

## Bern

Anzeige

**NEIN** zur Steuererhöhungs-Initiative  
«Faire Steuern – Für Familien»



«Steuer erhöhen? Sicher nicht!»  
Philippe Müller, Bern  
Grossrat FDP

**JA** zum vernünftigen Gegen-  
vorschlag des Grossen Rates!  
www.keine-Steuererhoehung.ch

Volksabstimmung vom 23.9.2012  
Komitee gegen unfaire Steuererhöhungen

## Stimmbürger bewilligen neue Schutzgebiete

Urtenen-Schönbühl - Die Gemeindeversammlung hat am Donnerstagabend den revidierten Schutzzonenplan in schriftlicher Schlussabstimmung mit 209 zu 107 Stimmen beschlossen. Die Diskussion sei engagiert geführt worden, teilte die Gemeinde mit. Hauptbestandteile sind die Landschaftsschutzgebiete. Ein Antrag auf Verzicht eines grossen neuen Landschaftsschutzgebietes Holeccher-Längenloo wurde mit 215 zu 112 Stimmen verworfen. In landwirtschaftlichen Kreisen wurde befürchtet, die Bewirtschaftung könnte durch ein überdimensioniertes Schutzgebiet stark eingeschränkt werden. 15 Einsprachen sind noch unerledigt und müssen vom Kanton beurteilt werden.

Die Stimmbürger haben sich zudem gegen einen Kiesabbau im Bereich Bubenloo im Rahmen der kantonalen Abbauplanung ausgesprochen und den Gemeinderat beauftragt, darauf hinzuwirken, einen Kiesabbauort Bubenloo endgültig vom Tisch zu bringen. (pd)

### Kurz

#### Autobahn A 6/Bern Zwei Autolenker nach Unfall ins Spital gebracht

Gestern Freitag, ungefähr um 6.45 Uhr, kam es auf der Autobahn A 6 Süd bei stockendem Verkehr zwischen der Ausfahrt Bern-Ostring und Bern-Wankdorf zu einer Auffahrkollision zwischen drei Fahrzeugen. Der Lenker des hintersten sowie der Lenker des zweiten beteiligten Autos zogen sich gemäss ersten Erkenntnissen Verletzungen zu und wurden für weitere Abklärungen mit Ambulanzen ins Spital gebracht. Infolge des Unfalls musste der Normalstreifen während rund einer Stunde gesperrt werden. Um auslaufendes Öl zu binden, rückte die Berufsfeuerwehr Bern aus. Im Morgenverkehr kam es zu erheblichen Behinderungen. So staute sich der Verkehr zeitweise bis nach Rubigen. (pkb)

#### Stadt Bern SVP, SD, FDP und Jungfreisinn verbinden Listen

Wie schon vor vier Jahren gehen die SVP, die Schweizer Demokraten, die FDP und die Jungfreisinnigen für die Berner Stadtratswahlen vom 25. November eine Listenverbindung ein. Das teilte die SVP-plus-Fraktion am Freitag mit. Je eine Listenunterverbindung gehen die SVP und die Schweizer Demokraten sowie die FDP und die Jungfreisinnigen ein. Noch bis zum kommenden Montagmittag haben die Parteien Zeit, um bei der Stadtkanzlei Listenverbindungen schriftlich zu melden. Bekannt gegeben haben kürzlich eine Listenverbindung auch die Linksauten-Parteien PdA, Grüne Partei Bern - Demokratische Alternative und Alternative Linke. (sda)

#### PH Bern Pädagogische Hochschule ist Opfer ihres Erfolges

Insgesamt 800 Studierende nehmen an der Pädagogischen Hochschule Bern (PH Bern) ein Studium auf. Laut einer Mitteilung der PH fällt das steigende Interesse zusammen mit einer Kürzung der finan-

# Abstimmungsvorlagen in der Stadt

Das Stadtberner Volk entscheidet über höhere Gemeinderatslöhne und sechs weitere Vorlagen.

## Oben und unten gibt es mehr Lohn

### Darum geht es

Die Stadt Bern will ein neues Lohnreglement einführen, das eine bessere Entlohnung von Kaderpersonen und Spezialisten ermöglicht. Auch die Gehälter des Gemeinderates werden angehoben, ebenso die tiefsten Löhne. Die Lohnspanne reicht künftig von 48 500 bis 235 000 Franken.

### Die Argumente dafür

Die Lösung ist austariert und mit den Sozialpartnern abgesprochen. Attraktivere Löhne helfen mit, dass Angestellte weniger zum Kanton, zum Bund oder in die Privatwirtschaft abwandern. Es ist sachgerecht, dass ein Gemeinderat als Chef mehr verdient als seine Untergebenen.

### Ja-Parolen

Parteien: SP, GLP, GFL, GB, EVP, CVP

### Die Argumente dagegen

Das neue Lohnreglement ist zu stark auf Kaderleute und Gemeinderatsmitglieder zugeschnitten. Gerade in Zeiten ausufernder Managerlöhne sollte die Stadt ein Vorbild sein und dafür sorgen, dass sich die Lohnschere nicht weiter öffnet. Für den Gemeinderat kandidieren schon jetzt stets genügend Persönlichkeiten.

### Nein-Parolen

Parteien: FDP, SVP, GPB-DA, EDU

### Das findet der «Bund»

Das Volksverdict von 2004 - die Zustimmung zur Initiative «200 000 Franken sind genug» - gilt nicht für ewig. Es ist verständlich, dass die Stadt bei den Löhnen konkurrenzfähig bleiben will. Man darf dieser Vorlage zustimmen - möglicherweise ohne Begeisterung.



Das Volk entscheidet, wie viel die Gemeinderäte von Bern (Barbara Hayoz hier verdeckt) verdienen. Foto: Manuel Zingg

### Die sechs anderen städtischen Vorlagen

## Das kaum umstrittene halbe Dutzend Stadtvorlagen

Neben der Vorlage über die Lohnobergrenze für den Gemeinderat und die Topkader der Verwaltung (Text links) stimmt das Stadtberner Volk noch über sechs weitere Vorlagen ab. Das Gros der Parteien - SP, GFL, GB, BDP, GLP, und CVP - sagt zu allen sechs Vorlagen Ja. Die übrigen Parteien lehnen einzelne der Vorlagen ab. Vermerkt sind nur diese abweichenden Parolen.

- **Entwicklung ZPP Warmbächliweg-Güterstrasse.** Den Zonenplan für

- die Wohnüberbauung auf dem ehemaligen KVA-Areal hat das Volk bereits genehmigt, nun geht es um die nächsten Schritte. Nein-Parolen: PDA, GPB-DA
- **Kredit Stöckacker Süd.** Das Volk hat die Überbauungsordnung für den Neubau der Wohnsiedlung bereits genehmigt, nun geht es um den Baukredit. Nein-Parolen: FDP, SVP, PDA, GPB-DA, EDU
- **Zonenplan Fellerstrasse 21.** Keine Nein-Parolen

- **Kredit für die Sanierung Markt-gasse.** Sie muss im kommenden Jahr total saniert werden. Keine Nein-Parolen
- **Umwandlung der Agglomerationskommission** in eine ständige Kommission des Stadtrats. Nein-Parole: SVP, EDU
- **Zuständigkeit für Behördenreferenden** und -initiativen in der **Regional-konferenz Bern-Mittelland.** Keine Nein-Parolen.

## Grünes Bündnis will zwei zusätzliche Sitze

Trotz der neuen Konkurrenz aus der Mitte will das Grüne Bündnis bei den Stadtratswahlen zulegen.

Zwei Sitzgewinne im Stadtrat und Franziska Teuscher in den Gemeinderat - das sind die Ziele des Grünen Bündnisses für die Stadtberner Wahlen vom 25. November. Die Liste mit dem Namen «Grünes Bündnis, junge Grüne und GewerkschafterInnen» umfasst 40 Personen, darunter sind 21 Frauen und 19 Männer. Stéphanie Penher, GB-Co-Fraktionspräsidentin, sagte gestern vor den Medien, ein «zentrales Aktionsfeld» der Kampagne des Grünen Bündnisses werde die Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» sein. Diese hat das Grüne Bündnis Anfang Mai lanciert.

Zwei zusätzliche Sitze im Parlament - ein allzu hochgestecktes Ziel? «Nein», findet Penher und verweist auf die Erfolge der Partei in der zu Ende gehenden Legislatur wie der Ausstieg der Stadt Bern aus der Atomenergie. Dass die erstarkten Grünliberalen den Plan durchkreuzen könnten, glaubt sie nicht: «Wir fischen nicht im selben Teich. Wir haben klare Differenzen bei sozialen Themen wie der Umsetzung des Kita-Gegenvorschlags oder der Migrationspolitik.»

### Erweiterung nach Ost und West

Seine Ziele für die kommende Legislatur stellt das Grüne Bündnis unter den Titel «Mehr als Grün». In dem sieben Punkte umfassenden Programm fordert die Partei mehr günstigen Wohnraum und eine Reduktion des Energieverbrauchs. Beim Thema Stadtentwicklung fordert das GB eine Revision des Stadtentwicklungskonzepts und eine Stadterweiterung nach Westen und Osten. Bern solle mit Muri und Ostermundigen eine gemeindeübergreifende Wohnungsplanung machen. (amo)

## Liegt der Hund im Kunststoff begraben?

Die Kunststoffsammlung bei den Quartierentsorgungsstellen wird abgeschafft.

### Mathias Zaugg

Die unterirdischen Müllbehälter mit den Einwurfsäulen seien «ein Erfolg und zugleich ein Sorgenkind», sagte Walter Matter, Leiter Entsorgung + Recycling der Stadt Bern, gestern vor den Medien. Sie entsprächen einem grossen Bedürfnis der Quartierbewohner und würden stark frequentiert. Mittlerweile aber so stark, dass sie für Stadt und unmittelbare Anwohner zur Belastung geworden sind: «Mehrverkehr, Lärm, Littering, wilde Sperrmülldeponien, Kehrichttourismus und Benutzung zu Unzeiten», umriss die verantwortliche Gemeinderätin Regula Rytz (GB) die Problematik.

### Kunststoffsammlung populär

Die elf städtischen Sammelstellen bieten ein vielfältiges Angebot. Zum absoluten Renner hat sich aber die Kunststoffsammlung entwickelt. Unter der Woche müssen die je fünf Kubikmeter fassenden Behälter ein- bis zweimal und an den Samstagen teilweise vier- bis sechsmal geleert werden. Matter: «Es kommt sogar vor, dass die Behälter schon wieder voll sind, wenn der Lastwagen noch auf dem Weg zu den übrigen Sammelstellen ist.»

Laut Regula Rytz zieht die kostenlose Kunststoffsammlung Automobilisten aus den Nachbargemeinden und anderen Quartieren an. Weil diese grossen Anteil an der Übernutzung hätten, wird es bei den Quartierentsorgungsstellen (QES) ab dem 1. Oktober keine Behälter für Kunststoffabfälle mehr geben.

Die Verantwortlichen erhoffen sich von der Beschneidung des Angebots eine «spürbare Reduktion von motorisierten Entsorgungsgängen in den Wohnquartieren», heisst es in einer Medienmitteilung. Will heissen: weniger Kehrichttourismus, weniger Verkehr,

weniger Lärm und möglicherweise auch weniger Missbrauch.

Die Kunststoffsammlung wird aber nicht generell abgeschafft. Kunststoff-Flaschen mit Deckel wie zum Beispiel Speiseöl- und Essig-, Reinigungsmittel-, Shampoo- und Milchflaschen können künftig kostenlos in den Entsorgungshöfen abgegeben werden. Diese wertvollen Materialien können dann direkt wiederverwertet werden, was mit dem Sammelgut aus den QES heute nicht möglich ist. Grund: Der hochwertige Kunststoff wird mit anderem Plastik vermengt und verunreinigt - laut Matter «auch ein Grund für die Reorganisation».

Begleitet wird die Massnahme von einer Plakat- und Inseratekampagne. Ebenfalls ab dem 1. Oktober werden zudem Zweierteams von Studierenden bei den Entsorgungsstellen auf die Neuerungen und deren korrekte Nutzung hinweisen. Ihr Einsatz dauert rund zwei Wochen. Anschliessend sollen die Überwachung und auch die Repression intensiviert werden.

Die Kosten für die Umstellung belaufen sich auf rund 160 000 Franken. Davon entfallen 150 000 Franken auf Rekrutierung, Schulung und Einsatz der studentischen Infoteams.

### Kritik aus Bümpliz

Weil viele mit dem Auto in Bern-West einkaufen und bei dieser Gelegenheit ihren Kehricht gerne bei den Entsorgungsstellen in Bümpliz abladen, sind die Probleme rund um die QES dort besonders akut. Alfred Reist, Vizepräsident der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem (QBB), glaubt aber nicht an die Wirksamkeit einer neu organisierten Kunststoffsammlung. Dass die QBB die Abschaffung der Kunststoffsammlung im Quartier als demotivierende Bestrafung aller Nutzer empfindet, hat sie Matter bereits im Januar mitgeteilt. Sie befürwortet vielmehr die Repression: «Die Fehlbaren werden sich kaum mit weichen Massnahmen erziehen lassen.»